

Die Lage hat sich für die halleschen Gastronomen unter dem Eindruck der Ausbreitung der Corona-Pandemie und den damit im Zusammenhang stehenden angeordneten Schließungen im Jahr 2020 deutlich verschlechtert. Nicht wenige Gastronomen kämpfen um das Überleben. Ein Ausweg für das folgende Jahr 2021 und eine realistische sowie seriöse Prognose für eine Strategie zur Wiedereröffnung ist aktuell nicht möglich.

Um die finanziell sehr belastete Situation der Gastronomen nicht weiter zu belasten, hat die Stadt in diesem Jahr ein Zeichen gesetzt und befristet die Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie ausgesetzt.

Im Spätsommer/Herbst kam es u.a. zu Begehungen der Außengastronomie in der Sternstraße durch den zuständigen Fachbereich. Dabei wurden bisweilen Gebührenbescheide wegen unerlaubter Sondernutzung ausgestellt. Hierfür wurde eine Verwaltungsgebühr von 87 Euro erhoben. Im Auge der Gastronomen lag hier aber kein Vergehen vor, da die Außengastronomie im Jahr 2020 deckungsgleich mit der Vorjahre war. Zudem entsprach die Antragstellung durch die Gastronomen dem Verfahren der letzten Jahre. Die entsprechenden Gebühren wurden 2020 und davor stets fristgerecht entrichtet. Allerdings wurden die Gastronomen durch die Vertreter der Verwaltung darüber belehrt, dass anlässlich eines Personalwechsels bei der Verwaltung festgestellt wurde, dass das bisherige Verfahren nicht den Vorschriften entspräche. Künftig müssten jeweils neue Bauanträge gestellt werden. Diese Anpassung des Verfahrens an die geltenden Vorschriften wurde den Gastronomen nicht vorab kommuniziert.

Vor diesem Hintergrund und der besonderen Situation der Gastronomen in Zeiten der Pandemie und daraus folgender Geschäftsschließungen fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie viele Gebührenbescheide wegen unerlaubter Sondernutzung wurden für Gastronomen im Jahr 2020 in der Sternstraße und in anderen Bereichen mit Außengastronomie erstellt? Womit wurden die Bescheide konkret begründet?
2. Inwieweit ist die Verwaltung bereit, auch die in diesem Zusammenhang erhobenen Verwaltungsgebühren den Gastronomen zu erlassen?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Kay Senius
Wirtschaftspolitischer Sprecher
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)